

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion u. Verwaltung: Drag II, Telčanska 15 • Tel.: 26795, 31466, Nachdruck: 21 111 • 33555 • Postkonto: 37544

12. Jahrgang.

Sonntag, 10. April 1932

Nr. 86.

Der neue Eisenbahnminister — Ing. Hula.

Prag, 9. April. Der Präsident der Republik sandte dem Vorsitzenden der Regierung Franz Udrzal folgende Handschreiben:

Prag, den 9. April 1932.

Herr Minister Mlôch,

über Ihre Ansuchen enthebe ich Sie vom Amte des Eisenbahnministers.

Udrzal m. p. I. G. Masaryk m. p.

Prag, den 9. April 1932.

Herr Ministerialrat Ing. Hula,

ich ernenne Sie zum Minister und vertraue Sie mit der Leitung des Eisenbahnministeriums.

Udrzal m. p. I. G. Masaryk m. p.

Ing. Josef Hula wurde im Jahre 1873 in Ratowitz geboren; er absolvierte die Realschule und hierauf die tschechische Technischschule in Prag und trat sodann im Jahre 1898 in die Dienste der Staatsbahnen. Seit dem Jahre 1906 war er in der Generalinspektion der österreichischen Eisenbahn in Wien tätig. Im Jahre 1918 wurde er in das tschechoslowakische Eisenbahnministerium berufen, wo er den Posten eines Leiters des Departements VI/2 (Verschleiß- und Stationsdienst) übernahm. Im Jahre 1919 wurde er zum Ministerialrat ernannt. Neben seiner dienstlichen Tätigkeit trat er auch literarisch hervor. Seine fachwissenschaftliche Abhandlung „Organisation der staatlichen Eisenbahn- und Postverwaltung“ erschien im Jahre 1923 als Sonderdruck der „Telejisti revo“.

Politisch steht Hula, wie verlautet, den Agrariern nahe.

Eine Skandalaffäre in Frankreich. Mme Hanau wieder in Haft.

Paris, 9. April. Madame Hanau, die Herausgeberin der „Gazette du Franc“, die vor einigen Jahren in einen großen Skandal verwickelt war, der heute noch der gerichtlichen Ausstrahlung harri, hat jetzt in Paris einen neuen Streich verübt, der diesmal auch in die diplomatische Sphäre hinüberzieht und für die französische Regierung äußerst peinlich ist. Sie veröffentlichte nämlich in ihrem Blatt einen Geheimbericht des Pariser Polizeipräsidenten an den Finanzminister Mandin, der eine Relation über Frau Hanau selbst enthielt.

Darin wird u. a. behauptet, man habe allen Grund zu glauben, daß Frau Hanau Beziehungen zu deutschen und russischen Kreisen unterhalte. Die Dresdener Post habe im Verdacht, die „Gazette du Franc“ finanziert zu haben. Sie soll ferner Gelder von Julius Wertheimer, dem Chef des Pressebüros der deutschen Botschaft in Paris, erhalten haben und auch in Verbindung mit dem Kartell der deutschen Schwerindustrie stehen.

Die Polizei untersucht, auf welche Weise dieses streng vertrauliche Dokument, das der Polizeipräsident persönlich dem Finanzminister übergab und das in Mandins Schreibtisch eingeschloßen war, anwendet werden konnte.

Alle Exemplare des Blattes, in dem das Dokument veröffentlicht war, wurden konfisziert und Frau Hanau selbst verhaftet. Sie lehnt jede Auskunft ab und erklärt, sie habe das Dokument deswegen veröffentlicht, da es offenbar gegen sie gerichtete und verächtliche Berichte enthielt.

Die Deutsche Botschaft ließ heute vormittag den Journalisten, die sich wegen dieser Angelegenheit auf der Botschaft eingefunden hatten, erklären, daß die Anschuldigungen, so weit sie gegen deutsche Personen gerichtet seien, völlig aus der Luft gegriffen seien und mit größter Entschiedenheit zurückgewiesen werden müßten.

Der Vertreter des Wolffschen Büros in Paris erklärt die Behauptungen, er habe Frau Hanau ihrer letzten oder früheren Zeitungs-Geldzuwendungen gemacht oder vermittelt, in welcher Form immer für unwa hr.

Revolveranschlag auf den Reichsbankpräsidenten. Dr. Luther unverletzt.

Berlin, 9. April. Auf dem Potsdamer Bahnhof wurde heute abends um 21 Uhr auf den Reichsbankpräsidenten Dr. Luther, der mit der deutschen Delegation nach Genf abreisen wollte, von zwei jungen Menschen ein Revolverattentat ausgeführt. Es wurden auf ihn mehrere Schüsse abgegeben, die jedoch schlugen. Lediglich eine Kugel durchschlug seinen Rockärmel und streifte ihn am Arm, hinterließ jedoch nur eine kleine Schramme. Angeblich handelte es sich bei den Attentätern um den 23-jährigen Werner Kertischer und um einen Dr. Rosen, der aus Hamburg sein soll. Weitere Angaben über die Personalien verweigern die Attentäter, die sofort nach dem Polizeipräsidium zur Abklärung I geführt wurden.

Berlin, 9. April. Bereits die ersten Vernehmungen der beiden Täter, die den Anschlag auf Dr. Luther verübten, ergaben, daß diesem Anschlag keine eigentlich politischen Motive zu Grunde liegen. Die beiden sind vielmehr fanatische Anhänger der sogenannten Freigeld- und Freiwirtschaftslehre und haben mit ihrer Tat lediglich gegen die Währungspolitik des Reichsbankpräsidenten demonstrieren wollen. Politische Gründe geben sie vor, nicht gehabt zu haben.

Die beiden Täter, Dr. Max Roosen und Werner Kertischer, hatten im Oktober vorigen

Jahres eine Klage gegen den Reichsbankpräsidenten Luther und das gesamte Direktorium der Reichsbank wegen Beschränkung der Anstiftung zum Betrüge, wegen Banknotenbetruges und wegen Hochverrates, wegen verschleierter Buchführung, wegen Schädigung des deutschen Volkvermögens usw. eingereicht. Dieses Strafverfahren ist aber von der Staatsanwaltschaft des Landgerichtes Berlin eingestellt worden. Allem Anschein nach haben die beiden Kläger, um ihren unwilligen Ausdruck zu geben und die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, den Anschlag verübt.

Kommunisten, Salentruer und der Bergarbeiterstreik.

Die Kommunisten sind mit dem Bergarbeiterstreik schon in eine gewisse Sackgasse geraten; bisher verhandelt niemand mit ihnen; sie zahlen den von ihnen in den Streik gehenden Leuten keine Streikunterstützung, also müssen sie etwas anderes tun, sie hegen die Streikenden maßlos gegen die gewerkschaftlichen Verbände auf. In ihrer Verzweiflung greifen sie immer weiter und wollen durch Terror und andere Mittel die übrigen Industriebetriebe zur Einstellung bringen.

Diese sogenannten Streikweiterungsbestrebungen sind nur als Verzweiflungsmaßnahme der kommunistischen Streikleitung zu betrachten. Keinerlei Arbeitseinstellungen anderer Betriebe vermag den streikenden Bergarbeitern zu helfen. Durch Ausdehnung des Streiks auf andere Ge-

biete können nur mehr Arbeiter in Not und Elend verwickelt werden.

Die unterzeichneten Kreisgewerkschaftskommissionen halten dafür, daß diese kommunistischen Streikausdehnungsbestrebungen weder im Interesse der allgemeinen Arbeiterschaft, noch im Interesse der Bergarbeiter gelegen sind.

Die Kreisgewerkschaftskommissionen richten daher an alle ihre Mitglieder die dringende Warnung, die kommunistischen Forderungen abzulehnen! Das ist keine verzweifelte Solidarität gegen die streikenden Bergarbeiter, sondern verweirte Beteiligung an einem kommunistischen Putsch.

Die Kreisgewerkschaftskommissionen Aufig, Komotau und Tepliz-Schönan.

Keine Verhandlungen mit dem Streikomitee.

Prag, 9. April. Der Verein für bergbauische Interessen hat an die Zentralstreikleitung ein Schreiben gerichtet, in welchem mitgeteilt wird, daß die Unternehmer nicht in der Lage seien, mit dem Streikomitee Verhandlungen zu führen. Zur Begründung wird angeführt, daß die den Streik führenden Verbände nicht Vertragskontrahenten sind und daher für Verhandlungen nicht in Frage kommen.

Die Zentralstreikleitung hielt heute eine Sitzung ab, deren Ergebnis drei Rundgebungen sind. In einer Rundgebung wird dagegen protestiert, daß obwohl der Streik nun schon drei Wochen dauere, noch immer keine Verhandlungen anberaumt wurden. In einer zweiten Rundgebung wird den Österr. Bergarbeitern das Bedauern über das Kompromiß in dem dortigen Konflikt ausgesprochen.

Die Zentralstreikleitung befindet sich in einer sehr misslichen Lage. Sie sieht keinen Ausweg aus der Situation. Um die Loyalität und die Bergarbeiter von dieser ihrer Verlegenheit abzulenken, hat sie beschlossen, in allen Bezirken Nordwestböhmens Konferenzen abzuhalten, um Solidaritätsmaßnahmen auch in anderen Bezirken zu organisieren. Der Zweck dieser Konferenzen ist, aus dem Bergarbeiterstreik einen Generalkreik zu machen.

Die Kommunisten veranlassen unter den Gewerbetreibenden und Konsumenten Nordwestböhmens Sammlungen für die streikenden Bergarbeiter, deren Betrag jedoch nur der Zentralstreikleitung, nicht aber allen Organisationen zufällt. Die Kommunisten wollen damit ihre Mitglieder unterstützen, weil sie aus eigenen Mitteln nicht imstande sind, Streikunterstützung zu zahlen.

Von den Kommunisten im Bergarbeiterstreik gekauft.

Wir haben verlässliche Beweise in der Hand, daß die Kommunisten sich aller Mittel bedienen, um Funktionäre der Union für ihre Zwecke zu

mißbrauchen. Wir haben besonders dafür Beweise in der Hand, daß Unionsmitglieder gegen Entgelt von den Kommunisten gedungen wurden, um sie zu Stütztruppen, besonders in das Falkenauer Gebiet zu verwenden. Diese Unionsmitglieder haben besonders, das ist eine Verpflichtung, ihre Unionslegitimation mitzunehmen, um auf die Unionsmitglieder des Falkenauer Reviers Eindruck zu machen. Sie erhalten zunächst Handgeld, dann Jahrgeld und werden angewiesen, sich im Falkenauer kommunistischen Sekretariat zu melden, wo für weitere Verpflegung, Unterbringung gesorgt ist, und wo sie weitere Aufträge empfangen werden.

Die Union der Bergarbeiter wird selbstverständlich diese Judasgeleit aus ihren Reihen entfernen. Indessen werden doch die Unionsmitglieder aufmerksamer gemacht, wie sie daran sind, wenn sich bei ihnen so ein gefaßtes Individuum mit dem Unionsmitgliedsbuch vorstellt.

Als zu großzügigen Bestechungen scheinen die Kommunisten Geld in Hülle und Fülle zu besitzen. Sie besitzen aber kein Geld, um die Streikenden zu unterstützen und sie besitzen kein Geld, um ihre arbeitslosen Mitglieder zu unterstützen. Das alles beweist, daß es den Kommunisten eigentlich um ganz andere Interessen, als um die der Bergarbeiter geht.

Reichsbankdiskont um 1/2 Prozent ermäßigt.

Berlin, 8. April. Der Zentralausschuß der Reichsbank hat in seiner heutigen Sitzung den Beschluß des Reichsbankdirektoriums, den Diskontsatz und den Lombardsatz mit Wirkung vom 9. April um ein halbes Prozent auf 5,5, bezw. 6,5 Prozent zu erniedrigen, noch Begründung des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther genehmigt.

Die Reichsbank läßt damit in Fortsetzung ihrer bisherigen Politik der Wirtschaft jene Erleichterung zuteil werden, die mit Rücksicht auf die Gesamtsituation zur Zeit als möglich erscheint.

Oesterreich im Wahllieber.

Während das deutsche Volk im heftigsten Kampf zum zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl ist, während die preussischen Wähler sich zum entscheidenden Kampf um die Macht in Preußen anschicken und während auch das Volk von Frankreich den Kampf um die Richtung der französischen Politik beginnt, hat auch in Oesterreich eine Wahlschlacht ihren Anfang genommen, bei der es sich nur formell um weniger bedeutende Ziele handelt, die aber in ihrem Endergebnis um nicht weniger als um das Schicksal des Staates geht. Am 24. April, am Tag der Preussenvahl, finden in einer Reihe von Bundesländern Wahlen statt, die allerdings bloß die Erneuerung der Landtage oder auch nur der Gemeindevertretungen zum Ziel haben, die aber schon dadurch in ihrer Bedeutung weit über dieses beschränkte Ziel hinausreichen, daß die Bundesländer, in denen gewählt wird, nicht weniger als fünf Millionen Einwohner von der insgesamt sechseinhalb Millionen des ganzen Bundesgebietes zählen. Noch größer aber wird die Bedeutung dieser Wahlen dadurch, daß unter den Gemeinden, die ihre Lokalparlamente erneuern, auch das rote Wien ist, dessen Gemeinderat zugleich auch die Funktion eines Landtags hat. Hinter dem Kampf um Wien verschwinden allerdings in ihrer Bedeutung die Wahlen um die Landesvertretungen in Niederösterreich und Salzburg und um die Gemeinderäte in Steiermark und Kärnten, aber da am 24. April 77 Prozent des ganzen österreichischen Volks zur Wahlurne schreiten, werden auch diese Wahlen nicht nur über die lokale Politik entscheiden, sondern auch auf die gesamte Bundespolitik von entscheidendem Einfluß sein.

Im Vordergrund des Kampfes steht nicht nur in Wien die Verwaltungsstätigkeit der sozialdemokratischen Mehrheit in Wien, die von den bürgerlichen Parteien als „bolschewistisch“, von den Kommunisten natürlich als „kapitalistisch“ beschimpft, von den Arbeitern überall als klassisches Vorbild sozialistischer Verwaltung angesehen wird. Kamentlich die Fürsorge-tätigkeit der „roten“ Gemeinde ist es, die von den Sozialdemokraten den Gegnern entgegen gehalten wird, und hier vor allem die Leistungen auf dem Gebiet der Wohnungsjorge. Bei den letzten Gemeinderatswahlen im Jahre 1927 hatten die Sozialdemokraten im Wahlausmaß den Bau von sechzigtausend neuen Wohnungen versprochen. Dieses Programm ist nahezu bis aufs Äußerste erfüllt. Bis zum Feber waren 51.250 Wohnungen fertig gebaut, der Rest ist noch im Bau. Und nun kündigen die Sozialdemokraten den Bau neuer zwanzigtausend Wohnungen an. Die 800 Millionen Schilling (fast vier Milliarden Kö!); die für diese Wohnbaubauten in diesen fünf Jahren ausgegeben wurden, hat die Gemeinde aus laufenden Mitteln der Wohnbausteuer aufgebracht, die die kleineren Wohnungen mit weniger Schilling im Monat besteuert, dafür aber, trotz dem Gezeier der bürgerlichen Parteien auf die Luxuswohnungen hohe Steuern legt. Durch ihr von den Bürgerlichen immer wieder als bolschewistisch verdrängtes Steuersystem, das übrigens Gas, Elektrizität, Straßenbahnfahrten und Wasser (aber auch Wohnungen) zum Selbstkostenpreis abgibt, ist es der Gemeinde gelungen, sich nahezu gänzlich schuldenfrei zu erhalten und, während der Bund nicht weniger als 14 Prozent für den Schuldendienst ausgibt, geht vom Budget der Gemeinde Wien kaum ein Viertelprozent dafür auf, wobl aber 23 Prozent aller Einnahmen für Investitionen. Die Sozialdemokraten haben also zunächst zum Hauptpunkt ihrer Wahlparole den Kampf für die Beseitigung des christlichsozial-kapitalistischen Steuersystems im Bund gemacht und die Erhaltung des Mieterschutzes, der in Oesterreich viel weiter geht als anderswo, indem er die Mieten weit unter dem

Friedensjüngling hält und dadurch allein die Wohnungsfürsorge der Gemeinde Wien ermöglicht. Aber der Kampf gegen die Finanzwirtschaft im Bund hat zugleich die Anprangerung des Standards der Kreditanstalt in den Vordergrund gerückt und der Finanzreferent der Wiener Gemeinde, Genosse Breitner, hat den Wahlkampf mit einer sensationellen Enthüllung über betrügerische Bilanzverschleierungen bei der Kreditanstalt eröffnet und über deren Vertuschung durch die christlichsozialen Regierung, die die ruinöse Übernahme der Staatshaftung einleitete. Der sozialdemokratische Wahlkampf verlangt daher auch, daß die Schuldigen mit ihrem ganzen Vermögen zur Schadensgutmachung herangezogen und strafrechtlich verfolgt werden. Als Ergebnis der Wahlen verlangt der Aufruf einen Kurs nach links: Schluß mit dem bankrotten christlichsozialen Regierungssystem! Schluß mit allem Badesimil mit den faschistischen Hochverrätern! Kein Regieren mehr ohne und gegen die Arbeiterklasse! Und Dr. Bauer hat das in einer Wahlrede so ausgedrückt: „Wir verteidigen in diesem Wahlkampf das rote Wien. Aber wir wollen weiter. Wir wollen auch die schwarzen Fesseln von den Regierungsgewaltigen herunterholen. Vom Rathausplatz zum Ballhausplatz (Bundeskanzleramt), vom roten Wien zum roten Österreich!“

Die ziffermäßigen Ergebnisse der Wahlen wird man nicht einfach mit dem derzeitigen Bestand der Parteien vergleichen können, da durch ein Verfassungsgezet sowohl die Länder wie die Gemeinden zu einer Verringerung der Mandatszahl gezwungen wurden. So hatte Wien bisher 120 Gemeinderäte, von denen 78 Sozialdemokraten waren. Nun wurde die Zahl der Mandate auf 100 herabgesetzt und zugleich das Wahlverfahren geändert, so daß nun ein zweites Ermittlungsverfahren eingeführt wurde, was der Opposition und vor allem den kleinen Parteien zugute kommen soll. Der verminderten Mandatszahl würde also eine Zahl von 64 Sozialdemokraten entsprechen. Wie groß sie aber sein wird hängt auch davon ab, ob die bürgerlichen Parteien sich wieder wie im Jahre 1927 einigen. Das scheint infolge des Austritts der Großdeutschen aus der Regierung nicht der Fall zu sein. Die Großdeutschen werden vielmehr getrennt von den Christlichsozialen, wenn auch gemeinsam mit anderen kleinen Splitterparteien kandidieren. Außerdem werden noch die Nationalsozialisten und die Kommunisten in Wien kandidieren, während die Heimwehr nicht kandidieren will. Aber beide werden kaum viel aufrechnen. Die Kommunisten werden es trotz der Krise und der Verweigerung der Arbeitslosen kaum auf viel mehr als die 10.601 Stimmen, die sie bei den letzten Nationalratswahlen 1930 erhielten, (gegenüber 703.418 Stimmen der Sozialdemokraten) bringen.

Der Hauptkampf geht nicht nur in Wien, sondern in ganz Österreich, zwischen den Christlichsozialen als der Sammelpartei der ganzen Reaktion und der Sozialdemokratie als der Partei des arbeitenden Volkes.

Um die deutsche Demokratie.

Die deutsche Arbeiterklasse steht mitten im heftigsten Wahlkampf. Wohl ist der Ausgang der Präsidentschaftswahl nach dem ersten Wahlgang schon gewiss, es verlohnt sich aber trotzdem, die Bedeutung dieser Wahlen für die Arbeiterklasse näher zu betrachten. Es wäre fälschlich verfehlt, den Ausgang der Wahl für einen Sieg des Sozialismus zu halten, die Wahl des Feldmarschalls Hindenburg ist noch kein Abschluß des Kampfes um die deutsche Demokratie, sie ist kein positiver Erfolg, sie ist lediglich die Abwehr der größten Gefahr. Dieser Wahlkampf, in dem die deutsche Sozialdemokratie die tragische Aufgabe hatte, den kaiserlichen Feldmarschall als Hüter des letzten Restes der deutschen Demokratie gegen den Ansturm des brutalen Faschismus zu wählen, diese furchtbare Alternative, selbst eine Folge der Spaltung des deutschen Proletariats, hat ihrerseits die Gegensätze innerhalb des Proletariats verschärft und auf die Spitze getrieben. Wie kam es zu dieser Alternative? Der große prinzipielle Unterschied zwischen uns und den Kommunisten ist der, daß wir die Demokratie für den günstigsten Kampfboden zur Erringung des Sozialismus durch den Bürgerkrieg, den Weg durch Ströme von Arbeiterblut erst als letztes Mittel, als ultimo ratio in Betracht ziehen. Weil wir im Sozialismus nicht nur ein Herrschaftssystem sehen, sondern eine Gesellschaftsordnung, die den Menschen mehr Reichtum und mehr Freiheit bietet, können wir uns nicht für den Weg des Terrors begeistern, der durch seine ungeheure Zerstörung von Gütern der Menschheit für Jahrzehnte ärmer und unfreier macht, als sie bisher gewesen. Wohl stellen wir die Demokratie nicht über den Sozialismus; wird uns von der Bourgeoisie der demokratische Kampfboden entzogen, haben wir nur mehr die Wahl zwischen dem Terror der faschistischen Diktatur oder der proletarischen Diktatur, so werden wir nicht zögern, auch den leidvollen Weg des Bürgerkrieges zu gehen, um den Faschismus zu schlagen, die Diktatur des Proletariats zu errichten. Aber wir werden mit allen Kräften trachten, eine derartige Alternative zu vermeiden. Das ist auch der Sinn des verzweifelten Kampfes der deutschen Arbeiter um die Erhaltung der Demokratie, einer Demokratie, über deren bürgerlichen Charakter wir uns keinen Illusionen hingeben.

Die Kommunisten sind anderer Meinung. Sie glauben nicht an die Möglichkeit des demokratischen Weges, sie verweisen darauf, die Mehrheit des Volkes für den Sozialismus zu gewinnen, sie sehen keine Möglichkeit, den Sozialismus mit einem Minimum an Leid zu verwirklichen, sie sehen prinzipiell nur den Weg des Bürgerkrieges. Breite Arbeitermassen eignen sich ihrer Argumentation an, sehen sie doch, daß der Weg der Demokratie ein langsamer ist. Sie verkennen jedoch, daß die Demokratie zwar der langsamere Weg zur Machtergreifung ist, aber der schnellste Weg zur Verwirklichung des Sozialismus, sie sehen zu Unrecht den Zeitpunkt der Machtergreifung dem Zeitpunkt der Erfüllung des Sozialismus gleich. Dieser prinzipielle Richtungsstreit innerhalb der Arbeiterbewegung hat weittragende Folgen. Glauben die Kommunisten nicht an den Weg der Demokratie, so sind sie bestrebt, das demokratische System nach Möglichkeit zu kompromittieren, es auszuhöhlen. Ja, sie geben sogar so weit, mit den faschistischen Gegnern der Demokratie gemeinsame Sache zu machen, wie ihr schändliches Verhalten beim preußischen Volksentscheid bewies. Sie tragen also dazu bei,

dem Proletariat den günstigsten Kampfboden zu entreißen. Da sie aber nur eine Minorität der Arbeiterklasse repräsentieren, welche die Mehrheit heftig befehdt, schaffen sie selbst für ihren Weg, den Weg des Bürgerkrieges, ungünstige Voraussetzungen, so mären sie auch die Aussichten ihres eigenen Sieges. So ist die Folge der Spaltung eine Schwächung beider Richtungen der Arbeiterbewegung und dadurch eine Stärkung des Faschismus.

Die faschistische Gefahr in Deutschland, dem wichtigsten Land des europäischen Kontinents, ist riesengroß. Was tun die Kommunisten? Sie erklären, der Hauptfeind sei die Sozialdemokratie, eine Parole, mit der sie auch ihre eigenen Prinzipien verraten haben. Trotz christlicher Kommunist und Gegner der Sozialdemokratie, rufen den deutschen Kommunisten mit Recht zu, daß sie doch nicht gleichzeitig in den nächsten Wochen den Faschismus und die Sozialdemokratie schlagen können, daß also die Beziehung der Hauptfront gegen die Sozialdemokratie nichts anderes sei, als eine Stellungnahme für den Faschismus. Sie haben am wichtigsten Anlaß, die Sozialdemokratie zu höhnen, weil sie Brüning für das „geringere Übel“ erklärt hat. Die Praxis der Kommunisten beweist, daß sie Hitler für das geringere Übel halten. Ach, es klingt so revolutionär, wenn man Braun, Brüning und Hitler für gleich reaktionär erklärt, es nicht für wert erachtet, das bestehende System zu verteidigen, weil es nicht besser sei als der Faschismus. Die Unwahrheit dieser Argumentation liegt klar zutage: die Kommunisten würden es sehr bald spüren, was der Faschismus für den Bestand ihrer Organisation, ihrer Presse, ihrer Propaganda bedeuten würde. In Wirklichkeit versteckt sich hinter ihrer radikalen Phrase nur das Geständnis der eigenen Ohnmacht, den Faschismus zu schlagen, eine Ohnmacht allerdings, die nicht aus objektiven wirtschaftlichen Gegebenheiten, sondern aus einer ideologischen Verwirrung entspringt. Sie drücken sich vom Kampf gegen den Faschismus mit der Behauptung, daß der Faschismus ja bereits herrsche; er müsse darum auch offiziell zur Macht gelangen, um sich zu kompromittieren und gestürzt zu werden.

Aber nichts ist so falsch, wie der Glaube, daß die aufgerichtete faschistische Diktatur plötzlich in die Diktatur des Proletariats umzuschlagen vermag. Im Kampf mit dem noch nicht zur Macht gelangten Faschismus kann sich eine Situation ergeben, wo das siegreiche Proletariat seine Macht mit diktatorischen Mitteln beschlößt, um den Faschismus zu liquidieren. Anders, wenn der Faschismus bereits die Macht ergriffen hat, wenn ihm die gesamte staatliche Exekutive zur Verfügung steht. Der etablierte Faschismus ist überhaupt nicht so leicht zu stürzen; soll sein Sturz gelingen, bedarf es der Vereinigung aller antisfaschistischen Kräfte, also einer Vereinigung auch mit jenen bürgerlichen Kreisen, die vom Faschismus bedroht oder enttäuscht sind. Dann wird der Faschismus wieder nur von der politischen Demokratie und sogar von einer Koalition des Proletariats mit dem fortschrittlichen Bürgertum abgelöst. Dies lehrt uns deutlich die Entwicklung der spanischen Revolution. Es ist darum nicht die Aufgabe der Sozialisten, das Proletariat auf die nachfaschistische Ära zu verweisen, ihre Aufgabe ist es, den Sieg des Faschismus zu verhindern. In diesem Zweck brauchen wir das Bündnis mit jenen Teilen der Bourgeoisie, die den Faschismus heute ablehnen, nicht zu scheuen. Aber die Sozialdemokratie kann

sich darauf allein nicht beschränken. Weil sie sich der Unzuverlässigkeit ihrer Bundesgenossen bewußt ist, muß sie vor allem darauf bedacht sein, die Wehrhaftigkeit ihrer Mitglieder zu erhöhen. Auf diesem Gebiet hat die deutsche Sozialdemokratie vieles, was früher versäumt wurde, in der letzten Zeit nachgeholt. Gewiß wäre der Abwehrkampf viel leichter, wären die Kommunisten nicht so heillos verblendet. Auch hier können wir uns auf Traktat berufen, der bei Betonung der tiefen prinzipiellen Gegensätze zwischen den beiden proletarischen Parteien heute ihre Kooperation zur Abwehr des Faschismus vorschlägt. Daß dieser Appell Traktat bei den deutschen Kommunisten auf taube Ohren stößt, bildet die eigentliche Tragik der deutschen Arbeiterbewegung im gegenwärtigen Zeitpunkt. S. S.

Forderungen der Metallarbeiter.

Ein internationaler Aufruf.

Die Metallarbeiter-Internationale erläßt einen Aufruf an die Metallarbeiter aller Länder, der nach einer Schilderung der Weltkrise des Kapitalismus zu folgenden Schlußfolgerungen gelangt:

Die gegenwärtige, geradezu höllische Vorgehensweise der Arbeiter und Völker, die Nerven und Geist zu zermürben droht, kann nur gemildert und beseitigt werden, durch die Willenskraft und geistige Aufbahrung und durch eine unerschütterliche Solidarität der organisierten Arbeiterklasse der ganzen Welt. Die Kapitalisten aller Länder haben sich in allen wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Fragen der Völker als unfähig erwiesen. Alle die unzähligen Konferenzen waren fruchtlos, und haben sich meistens elendig geschlossen, — mußten sich zerbrechen, mußten anstatt einer wahren Völkersolidarität, Vernunft und Menschenliebe, Mißgunst, Hinterlist, Machtdünkel und vor allem Vorteile, Gewinne und Profite anschlagen.

Die Arbeiterklasse fordert durchgreifende Abrüstung und Völkersolidarität, Kollektivarbeit, Gemeinnut und das Wohl aller Völker. Um die große Arbeitslosigkeit zu mildern und zu beseitigen, fordern wir Arbeitsbeschaffung, auskömmlichen Lohn und Arbeitsbedingungen, Arbeitszeitverkürzung, Einführung der 10-Stundenwoche und für die ununterbrochenen Betriebe die 6-stündige Arbeitszeit. Die von Not und Elend betroffenen Arbeitslosen müssen ausreichend unterstützt und unter allen Umständen geschützt werden. Die Kultur darf nicht zugrunde gehen.

An die in ihrer Existenz schwer bedrohte arbeitende Bevölkerung richten wir den dringenden Appell, allen Schwierigkeiten zum Trotz, nicht zu verzweifeln. Metallarbeiter aller Länder, laßt Euch nicht irreführen durch die Demagogen, die Euch phantastische Versprechungen machen. Im Grunde genommen aber Eure Unterdrückung und Anedding bewenden. Kopf hoch, keine Geringsverachtung, trotz Armut, Elend und Not müßt wir, daß unsere Ideen und unsere Rechte triumphierten werden. Durchhalten, trotz allen Anbilden der gegenwärtigen Zeit, muß unsere Lösung sein!

634.908 Arbeitslose Ende März.

Prog. 9. April. Wie das Fürsorgeministerium mitteilt, beträgt die Zahl der Arbeitslosen in der Tschechoslowakischen Republik, d. i. die Zahl derjenigen Arbeitssuchenden, die von den Arbeitsvermittlungsausschüssen nicht untergebracht werden konnten, Ende März d. J. nach den vorläufigen Ergebnissen 634.908 (Ende Februar nach den definitiven Ergebnissen 631.736).

Jan Hus / Der letzte Tag

Ein geschichtlicher Roman v. Oskar Wöhrl

(Verlag „Der Buchverlag“, G. m. b. H., Berlin S. W. 61.)

Rein, damit war's noch nicht fertig. Mit einem Messer haben sie ihm die Zungenzinger der rechten Hand beschabt. Warum? Ja kennst du den gemeinen Christum nicht? Den mußten sie ihm abnehmen. Denn die Pfaffenhaft kann ihr heiliges Öl füglich selber brauchen. Dann? Ja, dann war es Schluß. Nachdem die sieben ihren Spieß gehabt hatten, taten sie die frommen Wunden auf und schrien: Jehu hat die Kirch dem Keher abgenommen alle Hier und Freiheit, und es ist nun an dem, daß er der weltlichen Gewalt wech' überantwortet! Weiner? Weiner weiß ich nicht. Denn es sind schon viele aufgestanden gewesen, um aus dem Kirchhaus zu gehen. Ich hab das Durcheinander bemerkt, um schnell hinauszukommen, denn ich hatte im Gewissens einen von unsern polnischen Freunden gesehen. Da hab ich mich drangehalten, ihn noch rechtzeitig am Armeel zu erwischen. Worte doch noch ein paar Augenblicke, Herr Peter, zude nicht so ungeduldig, mein Zaim ist gleich fertig, er sieder schon blau! So schnell geht es nicht mit uns, da ist schon etwas Geduld notwendig: denn sag selber, Herr Peter, wenn es schnell mit und ging, wären wir wohl Litauer? Ja, glaube nicht, also! Ja, allemal hab ich zu dem Poländer gesagt, Herr Gurki, was Neues von deinen teuren Freunden, den Deutschordenern? Ach kann dir sagen, Herr Peter, kaum daß er das Wort Deutschordenert gehört hat, da hat er zugeschnopp wie ein Wiesel in den Hütherrais. Was gibt's Neues bei den stinkenden Hunden? Was Schönes, sag ich, aber erst verplich, daß gefällig dir der Spieß, du eine Lage ausgeben wirst! Jehu für eine! versichert Herr Gurki, und gibt mir die Hand. Ich hab die Hand genommen, warum

nicht! Sperr die Ohren auf, Herr Gurki, hab ich gesagt, die Herren Deutschordenert waren gestern im Puff! Der Poländer hat daraufhin Augen gemacht wie ein Pflugrad so groß. Beschone um Gotteswillen deine Augenpffel, hab ich gesagt, die Deutschordenert waren wirklich im Puff, zwanzig Mann hoch, die gestren eingeritten sind; nur einer war nicht da, der Konstar. In welchem Puff, Herr Gurki, möchtest du wissen. Ja, siehst du, das ist so eine Sache, ich weiß den Namen nicht. Die Leute hier am See haben für ihre Häuser so gepöhlige Namen. War's die hintere Jungfrau oder war es die mittlere, ich weiß nicht. Nur daß es die vordere nicht war, das weiß ich. Doch laß den Namen fahren. Wenn du hin willst, Herr Gurki, so kann ich dich mit verbundenen Augen führen. Viel hat ja dieser verpoffene Jullul nicht, hab ich gesagt, aber eines hat er, ein fabelhaftes Gedächtnis für Orte und Personen. Gut, abgemacht, ich führ' dich hin, du kennst dir dann den Beweis für meine Geschichte beim Frauenswirt selber holen. Ja, was sie getan haben? Ehrenfester Herr Gurki, hab ich gesagt, warst du denn noch nie in einem Puff, daß du so blöd danach fragst? Glaubst du vielleicht, man wispelt dort den Rosenkranz? Nein, Herr Gurki, wenn unjereins von der Ritterkchaft ins Puff geht, dann will er was Ordentliches holen! Was, die deutschen Ordensritter hätten Ausschreit geschworen und das Gelübde abgelegt, feind zu sein jedem Weib? Gaben sie auch, Herr Gurki, haben sie auch und sind nicht einmal ihrem Schwur untreu geworden! Warum ich dir dann den Salat doch erzähle? Weil ich hoffe, Herr Gurki, daß du Gelegenheit hast, ihn in die richtige Küche zu bringen! Wehst du, was ich pflanschte? Ich hab ihm erzählt, wie sich die Ordener fünf nackte Weiber über'n Tisch binden ließen. Nein, Herr Peter, das war es nicht! Die Herren haben doch das Gelübde der Keuschheit geschworen, und was die schwören, das brechen sie nicht. Die

sind nicht so dumm, wie wir Litauer, daß sie offen eibrüchig werden, sie umgeben es bloß. Was sie mit den nackten Weibern machten? Na, sie stecken einer jeden eine brennende Kerze in den Nobel und schmissen dann mit Bällen danach. Wehst du, so eine Art Rogelspiel, es kam ihnen darauf an, die Kerzen umzuwerfen. Das war für die Brüder der Hauptspieß, die Masse Fett und Frauensfleisch vor Angst sich wälzeln, sich dehnen und sich zusammenziehen zu sehen! Schon die Kreishangst vor dem Ball und die Weisangst erst roht, wenn die brennende Kerze über den hüppenden Bauch rollt, und die aufständische Schwärte jengte! Ein Gefisse und Getrische, kann ich dir sagen, schlimmer als das Gepfeife von hundert Ratten vor dem letzten Loch! Die Herren stellen genau, denn wer mit dem Ball fehlte, hatte jeweils einen Stüber an die gemeinsamen Köben zu zahlen. Aber glaubst du, Herr Peter, dieser Gurki mühte etwas mit dieser Puffgeschichte anzufangen? Ich dachte, er könnte sie brauchen, den Herren Ordenern, die Perfunas mit all seinen Blühen spielen möge, bei der Rosa, dem päpstlichen Gericht, einen gehörigen Stein an den Hals zu hängen. Seht nicht! Jopt er in einemfort. Warum soll's nicht gehen? frog ich, bitte, was mir eine Antwort auf die Stirne, warum nicht? Weil, sagt er und bringt die Hand an den Mund, als soll's Herr Progenowischki nicht hören, du doch mit in dem Puff gewesen bist! Wie kann ich dich da als Jengen anföhren, du fällst ja mit hinein! Von wogen mit hineinfallen, sag ich, ich habe doch nicht mit Bällen geworfen! Das ist Wurst, meint er, mit Bällen geworfen oder nicht geworfen, du bist mit den Ordenern am gleichen Ort der Sünde gewesen, und das sollst du schon aus deiner Ritterküche wissen: was nicht es, wenn ein Kopf den ordern ausschmätzt, da, dein Hinterer ist schwarz! Da wird doch nur erreicht, daß die Hausfrau beide schwarz feat. Was, du willst schon gehen, Herr Peter? Was, keine Zeit mehr?

Wirklich nicht? Schade, ich hätte zu gern mit dir ein paar Worte gesprochen. Hier, mit dem alten Herrn kann ich doch nichts Vernünftiges reden. Er will immer wissen, warum die Deutschen so mit Leidenschaft Gras fressen. Er kennt nämlich den Salat nicht, der arme Litauer, und hält ihn für Gras. Denn nicht wahr, Herr Peter, das muß du doch selber gegeben, wenn wir Salat fennien, wären wir nicht Litauer! Behüte dich Gott, Herr Peter! Bangputts, der Wogenbläser, lege die launtes Pfloster vor die Füße! Was, Van Progenowischki, ob dieser Herr unsere Politik unterstützt? Freilich unterstützt er sie! Hast du nicht gehört, Herr, wie ich mit der vollen Kraft meines Mundes auf ihn eingeordnet habe? Er ist genau wie wir, für ein Großkhanen von der Baltischen See bis hinunter zum Schwarzen Meer. Selbstverständlich mit Kiev als Hauptkocht. Jawohl, Polen darf sich begraben lassen. Pah auf, eines Tags, wenn Jagiello nicht mehr ist, werden wir diese Kämmerlinge mit Haut und Haaren fressen! Was? Was das war, womit der Bürger dort sich eben die Nase wischte? Das war ein Schmeuzuch, Van Progenowischki. Ein Schmeuzuch! Das muß ich schon deutlich sagen, dafür gibt es im Litauischen keinen Namen. So sei denn, man nennie es Erfolg für Daumen und Zeigefinger. Was man damit tut? Du hast ja gesehen. Man schmeuzt sich. Man muß die Nase, siehst du, so! Aha, jetzt verlich ich dich, Van. Du willst wissen, warum der Bürger das Schmeuzuche im Schmeuzuch aufbewahrt? Ja, siehst du, Van Progenowischki, im Grunde weiß ich es auch nicht. Jrgendeine verpöchte deutsche Gemeinheit. Ich find es immer noch rittermäßiger, unmittelbar an den Boden zu rohen und, wenn man ganz vornehm sein will, es mit dem Fuß auszutreten. Was aber unjere Litauische Politik angeht...

(Fortsetzung folgt.)

Zum Antrag auf Verstaatlichung des Kohlenbergbaues.

Von Abg. Adolf Pohl.

Verchiedene Blätter berichteten, daß ich einen Antrag auf Verstaatlichung des tschechoslowakischen Kohlenbergbaues mit eingebracht hätte. Diese Nachrichten beruhen auf irrtümlichen Informationen. Tatsächlich habe weder ich meine Zustimmung noch meine Unterschrift zu einem derartigen Antrag gegeben, noch hat ein anderes Mitglied des deutschen sozialdemokratischen Klubs einen derartigen Antrag unterschrieben. Richtig ist, daß ein derartiger Antrag unter Druck 1974 von dem tschechischen sozialdemokratischen Klubs eingebracht wurde.

Ich kann hier die Gründe, die mich veranlassen, gegen die Verstaatlichung des Bergbaues einzutreten, nicht alle aufzählen, will nur kurz folgendes ausführen: Seit dem Bestande des Staates bin ich immer gegen die Verstaatlichung und immer für die Sozialisierung der Bergwerke eingetreten. Auf der großen Sozialisierungsconferenz am 23. und 24. Mai 1919 war ich anfänglich der einzige Vertreter, der gegen die dort beantragte Verstaatlichung aufgetreten ist und die Sozialisierung verlangt hat. Die Folgen meines Auftretens waren, daß sich auch die Vertreter aller tschechischen Bergarbeiter mit eingeschlossen haben, was wieder zur Folge hatte, daß schließlich am zweiten Tage auf dieser Konferenz einstimmig beschlossen wurde, die Sozialisierung der Gruben zu beantragen und durchzuführen.

Und es wurde auch ein neungliederiger Sozialisierungsausschuß eingesetzt. Die Regierung Inzer (1919) hat nicht die Verstaatlichung, sondern die Sozialisierung der Gruben als das Programm der Regierung bezeichnet. Die Beamtentugierung Cerny und die Regierung Zvehla haben in ihr Programm die Sozialisierung der Bergwerke übernommen. Im Jahre 1921 auf dem internationalen Bergarbeiterkongreß hat der Arbeitsminister Erba erklärt, daß die Sozialisierung der Kohlenruben ein Programmpunkt der tschechoslowakischen Regierung ist. Weder die Union der Bergarbeiter noch der Zwaj horniku haben in irgend einer Generalversammlung oder sonstigen Tagung die Forderung auf Verstaatlichung des Bergbaues erhoben, sondern immer international und national die Forderung nach Sozialisierung der Gruben erhoben. Daher führt sich auch der Antrag der tschechischen sozialdemokratischen Klubs auf Verstaatlichung auf keinen Erfolg des Zwaj horniku. Die Gründe, die gegen die Verstaatlichung hierzulande sprechen, sind vielfach. Der größte Teil davon ist in der Broschüre des Dr. Fleißner „Sozialismus oder Sozialismus“, darunter ist auch ein längerer Aufsatz von mir, enthalten.

Der tschechoslowakischen Zwangsgrubenverwaltung kann man nicht die Fähigkeit zumuten, einen so wichtigen Industriezweig im Interesse des Staates und der Allgemeinheit zu verwalten. Auch die Frage der Enteignung und Entschädigung sind schwerwiegende Probleme, die allerliebst Bedenken aufkommen lassen. Die Verstaatlichung der Gruben liegt bei uns weder im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse, noch im Interesse des Staates und auch nicht im Interesse der Arbeiterklasse. Für die deutschen Arbeiter und Angestellten kommt aber außer diesen allgemeinen Gründen noch ein besonderer Grund dazu, das ist die Verfolgung um der Existenz des deutschen Arbeitsplatzes, der durch die Verstaatlichung bedroht ist.

Bei der Bergdirektion in Bräx waren beim Unsturz 13 deutsche und 4 tschechische Ingenieure. Seit dem Jahre 1925 gibt es in Bräx keinen deutschen Bergingenieur. Unter 116 Bergingenieuren der Staatlichen Berg- und Hüttenwerke befinden sich nur drei deutsche. Auch schon es aus mit den deutschen Administrationsbeamten, mit den Aufsehern. Aber nehmen wir einen Betrieb im Vergleich der nationalen und internationalen Bedienung der Gruben in der Staatlichen Bedienung: im Jahre 1919 444 Deutsche, 195 Tschechen, zusammen 639; im Jahre 1920 241 Deutsche, 614 Tschechen, zusammen 855.

Die nationale Zusammenlegung der Belegschaft am staatlichen Bedienung hat sich von 1919 bis 1931 prozentuell verhalten: 1919 69 Prozent Deutsche, 31 Prozent Tschechen; 1930 27,3 Prozent Deutsche, 72,7 Prozent Tschechen. Deutsche Angestellte: im Jahre 1919 20, im Jahre 1930 8.

Die Entwicklung ist seitdem nicht stehen geblieben. Auf den Juli 2, 3 und 5. Schichten ist die deutsche Arbeiterzahl fast vollständig verschwunden. Auf dem neuen staatlichen Bedienungsausschuß in Bräx werden Deutsche fast ausschließlich „ausgenommen“, das heißt, sie haben entweder einen tschechischen Namen oder sie verschaffen sich die Mitgliedschaft vorher beim Karolín Edukanti. Sonst werden dort Deutsche nicht aufgenommen und sogar zu den Bauarbeitern auf dieser Grube werden restlos fremde tschechische Arbeiter herangezogen, obwohl wir viele tausend Arbeitslose im Reich haben.

Einfuhrabkommen mit Italien.

Rom, 8. April. Heute erfolgte der Abschluß eines Abkommens zwischen Italien und der Tschechoslowakei, durch welches beiderseitige Einfuhrerleichterungen bewirkt werden. Das Abkommen tritt am 9. d. in Kraft.

So sehen die Bundesgenossen der Kommunisten aus!

Hakenkreuzgewerkschaft zieht Arbeitslosen den Großteil der Unterstützung ab.

Kommunisten und Hakenkreuzler in einer Front als „Wohltäter“ des Proletariats — dieses nicht mehr ungewohnte Schauspiel wiederholt sich jetzt unter besonderen Umständen beim Träger Bergarbeiterfrei. Arm in Arm mit Herrn Proskow vom Deutschsozialistischen Bergarbeiterverband führen sie dort die Arbeiter ins Unglück. Damit man aber genau wisse, mit welcher Art Arbeitervertretern die Kommunisten sich da verbinden, seien hier drei Belege darüber veröffentlicht, wie diese Proskow-Gewerkschaft die Arbeitslosen durch horrenden Abzüge um einen Großteil ihrer Unterstützungen bringt. (Zämtliche Belege beziehen sich auf die Ortsgruppe Flörsdorf des genannten Verbandes):

Deutschsozialistischer Bergarbeiterverband in Bräx, Name des arbeitslosen Mitgliedes: Milich Martha zu beziehende Arbeitslosenunterstützung 114,24 Kr ab Krifenbeitrag 20 Prozent 22,84 Verbleibt zum Empfang 91,40

Für die Verbandsführung: Heinrich Proskow. Bräx, am 20. Feber 1932.

Zu diesem ersten Fall ist zu sagen, daß Martha Milich nach den Bestimmungen 240 Kronen und für ihre vier Kinder 16 Kronen hätte bekommen sollen; die Bundesgenossen der Kommunisten haben ihr um 164 Kronen zu wenig abgezahlt!

Juda verrecke!

Wenn es aber um ein Mandat geht, verbinden sich die Hakenkreuzler mit den Juden.

In Währisch-Neustadt fanden vor einigen Wochen die Wahlen in die Gemeindevertretung statt, die Hakenkreuzler hatten vier Mandate erhalten. Sie konnten aber bei der Konstituierung der Gemeindevertretung zwei Stadtratsmandate erreichen. Dies war nicht aus eigener Kraft und auch nicht durch eine Verbindung mit einer ihnen nachstehenden Gruppe, wie es etwa die Nationalpartei ist, sondern nur durch die

Koppelung mit der Deutschen Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft.

Auf der Kandidatenliste der Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft standen im ganzen neun Personen. Davon sind, wie unsere „Volkswacht“ berichtet, zwei Juden und drei weitere sind mit Juden verheiratet und verschwägert. Die Mehrheit dieser Wahlgruppe ist demnach, vom nationalsozialistischen Standpunkt betrachtet, in rassistischer Beziehung nicht einwandfrei. Und ausgerechnet mit dieser Juden-Gruppe

Marx aus Italien.

Der Faschismus am Ende seiner Kraft?

Rom, 9. April. Der große faschistische Rat nahm in seiner gestrigen Sitzung eine Tagesordnung an, in der zur Überwindung der Krise, die mehr unter politischem und moralischem als rein volkswirtschaftlichem Gesichtspunkt zu betrachten sei, als notwendig erklärt wird:

Das Problem der Reparationen und Kriegsschulden zu lösen, und zwar indem auf die letzteren verzichtet wird und die letzteren annulliert werden.

Die Hindernisse für den internationalen Wirtschaftsaustausch zu beseitigen, bevor sie zu einem vollständigen Erliegen des Handels aller Länder geführt haben.

Die Lage der Donauländer (Oesterreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien und Griechenland) zu regeln, die zusammen eine Bevölkerung von rund 70 Millionen Menschen aufweisen.

Die Bestimmungen der Friedensverträge im Rahmen des Völkerbundes zu revidieren.

Auf die zahlreichen internationalen Kongresse und Konferenzen zu verzichten, da sie immer neue Hoffnungen in den Völkern erregen und doch stets von den schwersten Enttäuschungen begleitet sind und die Reibungsflächen nur vergrößern.

Oesterreichs Finanzlage.

Von der österreichischen Gesandtschaft wird uns mitgeteilt: Die in den letzten Tagen veröffentlichte währungsrechtliche Beurteilung der finanziellen Lage Oesterreichs entbehrt jeder Grundlage. Das österreichische Budget ist in Ordnung, sein Gleichgewicht wird aufrechterhalten; die Kreditanleihe wird derzeit geordnet. Die Nationalbank steht unter bewährter Führung, eine Inanspruchnahme der Notenpresse ist vollkommen ausgeschlossen. Für die Anleihen Oesterreichs den Vereinbarungen entsprechend und erfolgt die Verträge im Voraus. Die Schwierigkeiten der Devisensituation bestehen natürlich auch in Oesterreich wie in anderen Staaten, daher ist auch finanzielle Hilfe geboten.

Deutschsozialistischer Bergarbeiterverband in Bräx.

Name des arbeitslosen Mitgliedes: Hiel Marie zu beziehende Arbeitslosenunterstützung 57.— Kr ab Krifenbeitrag 20 Prozent 11,40 Verbleibt zum Empfang 45,60

11,40 Kr als Krifenbeitrag erhalten. Für die Verbandsführung: Heinrich Proskow. Bräx, am 20. Feber 1932.

Diese zweite Frau erhielt um 74 Kronen zu wenig!

Deutschsozialistischer Bergarbeiterverband in Bräx.

Name des arbeitslosen Mitgliedes: Gohl Adolf zu beziehende Arbeitslosenunterstützung 196,80 Kr ab Krifenbeitrag 20 Prozent 39,36 Verbleibt zum Empfang 157,44

39,36 Kr als Krifenbeitrag erhalten. Für die Verbandsführung: Heinrich Proskow. Bräx, am 20. Feber 1932.

Der Arbeitslose Adolf Gohl also schließlich erhielt für vierzehn Tage um 82 Kronen zu wenig!

Es erübrigt — nach der Feststellung, daß der 20prozentige Krifenbeitrag gänzlich unberechtigt erfolgte — nur noch der Hinweis, daß die kommunistischen Gewerkschaften, denen man ähnliche Verrechnung der Arbeitslosen-Interessen in der Praxis gleichfalls schon nachwies, sich sicherlich Schulter an Schulter mit dieser Proskow-Gewerkschaft sehr wohl fühlen dürfte. Fragt sich nur, was die Arbeiter, die hakenkreuzerischen wie die kommunistischen, zu diesen Dingen sagen!

Lardienplan für immer begraben.

Französische Pressestimmen.

Paris, 9. April. Die Mehrzahl der Blätter sprich die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen über die Organisierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Donauländer in Genf allerdings eröffnet werden. „Le Journal“ macht kein Geheimnis daraus, daß die deutsche und die italienische Delegation London unter dem Eindruck einer gegenseitigen Solidarität und in der Überzeugung verfaßt haben, daß der französische Plan, den auch England nicht anfechtend verteidigt habe, für immer begraben ist. Deutschland und Italien werden nach Ansicht des Blattes in Genf auf der gemeinsamen Front verharren, und Frankreich müsse sehr vorsichtig zu Werke gehen. „L'oeuvre“ schreibt, Frankreich ist mehr als je bereit, auf den Verhandlungen über die Organisierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Donauländer zu bestehen. Es will aber weder die Schaffung „Mitteleuropas“ noch die Erneuerung der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie.

Bülow in Paris.

Paris, 9. April. Staatssekretär von Bülow trifft auf der Durchreise von London nach Genf heute abends hier ein und wird als Gast des Botschafters von Hoech einen Tag in Paris verweilen.

Moskauer Schnellriederjustiz.

Moskau, 9. April. Das Urteil gegen Sieru und Wassiljew, das wegen des Attentats auf den deutschen Botschaftler von Twardowski auf Tod durch Erschießen lautete, ist heute vollstreckt worden, nachdem das Zentralersekretariat der Sowjetunion die Begnadigungsgesuche abgelehnt hatte.

Aus der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung.

Schiedsrichterausbildung der Fußballer.

In Trautenau fand am vergangenen Samstag und Sonntag für den Nielenberger Kreis ein Fußballer-Schiedsrichterkurs unter Leitung des Schiedsrichtersobmannes des Reichsbühnischen Kreises, Gen. Uim, Karlbad, statt. 27 Teilnehmer wohnten dem Kurs bei, 24 Kandidaten stellten sich der Prüfung wozu 18 als befähigt erklärt wurden. Die Kenntnisse der Prüflinge waren sehr zufriedenstellend.

Der Stand der Arbeiterturnbewegung in Deutschland.

Eine Tagung der Kreisvertreter Deutschlands nahm den Bericht über den Stand der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung Deutschlands entgegen. Darin wird festgestellt, daß die Zahl der Kinder im Jahre 1931 von 203.700 auf 226.934 und die Zahl der Vereine von 718 auf 7182 gestiegen ist. Der Stand der erwachsenen Mitglieder betrug am 31. Dezember 1932: 742.148.

Das rote Zürich schenkt dem Arbeitersport eine Sportanlage.

Ein Sportplatz samt Turnhalle wurde von der Stadt Zürich, die von einer sozialdemokratischen Mehrheit verwaltet wird, mit einem Kostenaufwand von ungefähr einer halben Million Schweizer Franken erbaut und dem Schweizer Arbeiter-Turn- und Sportbund zur alleinigen Benutzung übergeben.

Die verlassenen Opfer der Brucher Grubenkatastrophe.

Wohin die kommunistische Verhegung führt.

Noch immer steht die Zersplittertheit in Nordwestböhmen unter dem Eindruck des furchtbaren Schicksals der acht eingeschlossenen Bergleute auf dem Kohlenort Schacht bei Bruch. Acht Menschen, Familienverhalte wurden gesund und nichts ahnend bei der Nachtlicht in die Tiefe. Wenige Minuten nach Schichtwechsel ereigneten sich mehrere Explosionen, die ihnen den Weg zum Schacht abschüttelten. Nur bald prüft ihr nichts gab der Pumpenwärter das letzte Signal durch das Schachtelephon. Zeither sind die acht Grubenarbeiter verschollen. Die Grube wurde zum größten Teil abgesperrt. Es gibt kaum einen Zweifel über das Schicksal der Eingeschlossenen. Aber wer begreift nicht die Sehnsucht der Angehörigen dieser Opfer des Bergbaues, endlich Gewißheit über das Geschick ihrer Gatten und Väter zu haben! Nun sind die Arbeiter auf dem Kohlenort Schacht soweit fortgeschritten, daß an die Bergung der acht eingeschlossenen Bergleute geschritten werden konnte. Die Betriebsleitung hat dem Betriebsrat des Kohlenort Schacht in den letzten Tagen einen Bericht über den Stand der Arbeiten in der Grube vorgelegt und ersucht, der Betriebsrat möge zustimmen, daß der abgesperrte Grubenteil, in dem sich die Explosion und das Unglück ereigneten, geöffnet und die verschollenen acht Bergarbeiter geborgen werden können. Der Betriebsrat hat sich am 7. April mit diesem Ansuchen beschäftigt und beschlossen, die Entscheidung einer Belegschaftsversammlung zu überlassen. Diese Versammlung fand am gleichen Tage im Arbeiterheim in Bruch bei Anwesenheit von 450 Personen statt. Der Betriebsrat war darüber einig, daß dem Wunsch der Betriebsleitung entsprochen werden müsse und daß sich dabei von folgenden Erwägungen leiten. Erstens müsse dem Ansuchen aus moralischen Gründen entsprochen werden, denn die Belegschaft des Schachtes habe gegenüber ihren eingeschlossenen acht Kameraden die Verpflichtung, alles in ihrer Verfügung zu tun. Zweitens sprach sich der Betriebsrat deshalb für die Erfüllung der Forderung der Betriebsleitung aus, weil die Gefahr besteht, daß im anderen Falle nach Ende des Streikes ein Teil der Belegschaft in der abgesperrten Grube nicht beschäftigt werden könnte. Trotz dieser berechtigten Erwägungen lehnte die Belegschaft, deren Mehrheit unter kommunistischem Einfluß steht, das Ansuchen der Betriebsleitung mit Majorität ab. Von jenen, die sich dagegen ausgesprochen, wurde als Begründung angeführt, daß die Eingeschlossenen ohnehin schon längere Zeit sind und es ganz egal sei, ob sie noch acht Tage länger in der Grube bleiben oder nicht. Erst müssen die Unternehmer über die Forderungen der Bergarbeiter verhandeln, dann könne an die Befreiung der abgesperrten Grube geschritten werden. Anherben würde, wenn man die Aufklärungsarbeiten durchführen würde, der Eindruck entstehen, als ob die Belegschaft des Kohlenort Schacht den Streikenden in den Rücken fallen wolle.

Oberratsverfahren eingeleitet.

Dessau, 8. April. In der heutigen Sitzung des anhaltischen Landtages teilte Staatsminister Dr. Weber in Uebereinstimmung mit dem Oberratsanwalt mit, auf Grund von Urkundenmaterial habe sich der dringende Verdacht ergeben, daß Mitglieder der RDA den Plan vordereiten hätten, die Verfassung des Reiches und des Landes Anhalt zu kürzen. In diesem Zweck sei eine militärische Ausbildung der SA-Leute vorgenommen und die militärische Befreiung wichtiger militärischer Gebäude in Dessau und die Rekrutierung führender volkischer Personen vorgelesen worden. Der Oberratsanwalt habe ein Ermittlungsverfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat gegen die SA eingeleitet, das nach nicht abgeschlossen sei.

Tagesneuigkeiten

Izhik-Katastrophe unabwendbar?

Neuerdings große Hochwasser-
gefahr in Karpathoruhland.

Uzhhorod, 9. April. Mittwoch waren in Karpathoruhland die Gewässer bedeutend zurückgegangen, so daß eine unmittelbare Gefahr befreit erschien. Donnerstag gingen jedoch über Karpathoruhland neue Regengüsse nieder, und man befürchtet daher ein neuerliches rasches Ansteigen der Flüsse. Der Schnee ist bisher zu 80 Prozent bereits abgetaut. Größere Hochwasser-gefahr besteht für die Gebiete bei Gien, Salosa und Cop, wo gestern die Izhik den bisher seit dem Jahre 1919 verzeichneten Höchststand um 2 Zentimeter mit 772 Zentimeter überschritt.

Das Hochwasser führt aus Rumänien und Ungarn ganze Teile von Wohngebäuden, Dachstühlen, Ladenbestände, verendete Haustiere, Getreidevorräte u. a. mit.

auf den Dämmen der Izhik ist die Bevölkerung damit beschäftigt, diese Gegenstände anzuheben und ans Ufer zu ziehen. Die Bereitschaft auf den Dämmen des Izhik-Flusses wird von der Wasser-Genossenschaft in Berehovo aufrechterhalten. Die Einwohner der bedrohten Ortschaften sind alarmiert. An den bedrohten Stellen weilen technische Fachleute des Uzhhoroder Reserats des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, die persönlich die Aufsicht auf den bedrohten Dämmen führen. Gegenüber dem Donnerstag festgestellten Stand ist die Izhik Freitag mittags um 26 Zentimeter gestiegen, so daß

im Falle eines Dammbrechens eine Katastrophe unabwendbar ist. In der Gemeinde Sokota ist an zwei Stellen Wasser durchgedrungen, doch konnten die Stellen verstopft werden. Nach dem Alarmläuten zu schließen, muß auf der ungarischen Seite des Izhik-Aufgebotes die Situation verzweifelt sein.

Kaschau, 9. April. Das Wasser auf den ost-slawischen Flüssen ist in langsamem Abfallen begriffen. Der Wasserstand des Bodrog betrug heute früh 716 Zentimeter über dem Normale. Die Izhik ist um 10 Zentimeter gefallen und steht 720 Zentimeter über dem Normale. Die ganze Umgebung von Belka Kapuziner bildet einen einzigen See. Die Kräfte Uj, Katorica und Luborec haben sich zu einem einzigen mächtigen Strom vereinigt und weit und breit die Felder überflutet. Am meisten gefährdet sind die Ortschaften des Kozaritscher Balu und Balan. In Kaschau mußte ein Teil der Bevölkerung evakuiert werden, ebenso in der Gemeinde Mofea-Arisov. Zwischen Kowlovec und Uhom und Balu hat das Wasser die Landesstraße in einer Breite von etwa 12 Metern durchbrochen. Das Wasser durchströmt hier die Straße in einer Höhe von etwa 70 Zentimetern. In einigen Gemeinden hat die Überschwemmung Häuser einstürzen zur Folge gehabt.

Die Ursachen des Brünner Bauunglücks.

Der Bau wurde ohne amtliche Bewilligung durchgeführt! — Beispiellose Leichtfertigkeit der Bauleitung.

Brünn, 9. April. (Eigenbericht.) Der letzten Sitzung des Brünner Stadtrates lagen die ersten Ergebnisse der amtlichen Untersuchung des Bauunglücks in der Zelle, dem zwei Menschenleben zum Opfer fielen, in Form eines Berichtes der baupolizeilichen Abteilung des Bauamtes vor. Diefem Bericht zufolge wurde der in einem schwer zugänglichen Adressatenseite projektierte Neubau, der auf Grund der von dem Maurermeister Wilhelm Kovál und Baumeister Gottlieb Krémak angeordneten Pläne vom Brünner Stadtrat im Dezember 1931 bewilligt. Aus einer amtlichen Ermahnung des Stadtbauamtes vom Januar 1932 jedoch ist zu entnehmen, daß der Bau ohne Wissen des Amtes nicht nach den bewilligten Plänen als Bauwerk mit eisernen Tragwerk, sondern als Eisenbetonbau durchgeführt wurde. Vom Stadtrat war aber nicht als die Bewilligung zu einer derartigen Abänderung des Projektes erteilt worden. Erst nach wiederholter Vorladung des Bauherren Melen und des Baumeisters Krémak wurden am 12. März in einer mit dem 29. Februar datierten Jährschrift dem Stadtbauamt die bereits durchgeführten Pläne mit dem Ansuchen um nachträgliche Bewilligung vorgelegt. Später kam hinzu noch ein Ansuchen um Bewilligung zur Ausführung eines weiteren Stadtwertes! Am 7. April, also wenige Stunden vor der Katastrophe fand eine behördliche Kommission des Neubaus statt, wobei recht schwere Mängel konstatiert wurden, die zweifellos als unmittelbare Ursachen des Unglücks in Betracht gezogen werden müssen. Die Kommission des Stadtbauamtes stellte fest:

- 1. daß der Beton nicht die nötige Härte aufwies,
- 2. daß Eisenstangen und Eisenbetonkonstruktionen verkehrt angelegt waren,
- 3. daß die Adhäsion zwischen Eisen und Beton ungenügend war, was auf Betonierung bei Frost, schlechte Mischung des Betons und Verrosten des Eisens zurückzuführen ist.

Inwiefern mangelhafte Konstruktion des Fundaments das Unglück verursacht hat, konnte bisher noch nicht festgestellt werden. Aus dem Untersuchungsergebnis geht aber jetzt schon mit größter Deutlichkeit hervor, daß das Unglück und der Tod zweier Menschen durch die gewissenlose

Oberstes Gericht identifiziert Kapitalismus mit „demokratisch-republikanischer Staatsform“.

Das Oberste Tribunal rigorosser als die oberste Anklagebehörde!

Brünn, 8. April. In dieser Zeit, wo die Hochgelehrten nahezu einstimmig das Vergehen der kapitalistischen Wirtschaftsform zugegeben und je nach ihrer Einstellung mehr oder weniger scharfe Kritik an diesem System üben, hat das Kreisgericht Brünn den Staatsbürger Jaroslav Cudrouzel zu sechs Tagen Arrest wegen Uebertretung des Schußgesetzes verurteilt, weil dieser in einer Versammlung gegen den internationalen Kapitalismus polemisierte. In der Urteilsbegründung heißt es im wesentlichen, daß

die tschechoslowakische Verfassung auf der Institution des Privateigentums basiert, dieses durch den Staat geschützt wird und Angriffe gegen diese Institution zugleich Angriffe gegen die demokratisch-republikanische Staatsform darstellen.

Daß Privateigentum und Kapitalismus zwei verschiedene Begriffe sind, weiß zwar jeder, der mit den Grundbegriffen der Materie vertraut ist, aber — wir wollen das Urteil keiner Kritik unterziehen, um nicht mit der landesüblichen Rechtsprechung in Konflikt zu kommen.

Umgebung der baupolizeilichen Bestimmungen und durch die beispiellose Leichtfertigkeit des Bauherrn und der Baumeister und zum Teil auch durch die mangelnde Energie der zuständigen Behörden herbeigeführt wurde. Auf Grund des § 50 der Bauordnung ist für die Katastrophe der Bauleiter, also Baumeister Krémak verantwortlich. Die endgültige Klärung der Schuldfrage wird von dem Ergebnis der sofort eingeleiteten Untersuchung abhängen.

Ein Vater quält sein Kind zu Tode.

Kaschau, 9. April. In Tsjan wurde ein Eisenbahner namens Simon Gelas verhaftet, der beschuldigt wird, seinen kleinen Sohn zu Tode geschlagen zu haben. Es handelt sich um den ansehnlichen Sohn Gelas, welcher bis zu seinem fünften Lebensjahre im „Detski domov“ in Prag erzogen wurde. Dann nahm ihn Gelas, der in der Zwischenzeit geheiratet hatte, im Einverständnis mit seiner Frau zu sich. Er behandelte ihn aber sehr roh, schlug ihn und ließ ihn hungern. Seine Mitbürger erstatteten endlich die Anzeige bei der Gendarmrie. Auf Anordnung des Gerichtes wurde der Knabe ins Uzhoroder Krankenhaus übergeführt, wo er verschied.

Raubüberfall im D-Zug Marseille-Genf.

Paris, 9. April. Im D-Zug Marseille-Genf wurde heute früh ein Raubüberfall verübt. Zwei junge Burischen zwangen mit vorgehaltenen Revolvern vor Valence-sur-Ahône vier Reisende eines Abteils 1. Klasse, ihnen ihre Wertgegenstände auszuliefern. Die Opfer sind zwei Franzosen, ein Schweizer und der Direktor der tschechischen Bundesbahnen W. Zeschner aus Wien. Zeschner ist von den Räubern durch einen Schuß am Kopf verletzt und es ist ihm eine Kofferte mit Geld und Wertgegenständen geraubt worden. Zwei Kilometer vor Valence zogen die Räuber die Kofferte mit Geld und Einkäufen zunächst, wurden jedoch kurze Zeit später von der Gendarmrie festgenommen. Man fand bei ihnen die Revolver und etwa 5000 Franken.

Die Arbeitslosigkeit im Bezirke Falkenau a. d. E. hat, wie uns gemeldet wird, im Laufe des Monats März abermals zugenommen, so daß derzeit rund 5000 gänzlich Arbeitslose zu verzeichnen sind.

Stürmisches Aprilwetter im Erzgebirge. Aus dem Erzgebirge wird uns geschrieben: Nachdem schon der Mittwoch und die Nacht auf Donnerstag eine heftige Föhnwindbildung auf den Erzgebirgsabhängen gedraht hat, setzte am Donnerstag in den Vormittagsstunden ein außerordentlich hartes Sturmwetter mit Schneereiben ein, das den ganzen Tag in unverminderter Heftigkeit andauerte und weite Strecken des Landes mit einer nassen Schneeschicht bedeckte, die teilweise bis in die Nachmittagsstunden des Freitags erhalten blieb. Die Gebirgler verzeichnen das Sturmwetter mit Befriedigung, denn es läßt einen schönen Mai erwarten.

Der Tod der Arbeitslosen. Wie uns aus Maribad gemeldet wird, fiel am Mittwoch abend einigen Passanten in der Nähe von Zettlich ein Mädchen auf, das sich offenbar kaum mehr auf den Beinen zu erhalten vermochte. In der Tat brach die Unbekannte plötzlich zusammen und blieb ohnmächtig auf dem Pflaster liegen. Man trug das Mädchen in ein nasses Haus und verständigte die Maribader Rettungsgesellschaft, die das Mädchen ins Krankenhaus überführte, wo es in der Nacht verschied. Es wurde festgestellt, daß die Tote mit der Arbeitslosen 21-jährigen Anna Günther aus Altroblan identisch ist. Die Todesursache erscheint einwandfrei noch nicht festgestellt.

Autofabrik in Flammen. In der Automobilfabrik Talbot, deren Produktionsgebäude in Zuzanes bei Paris liegen, brach ein Brand aus, der reich große Ausdehnung gewann und gewaltigen Schaden anrichtete. Dieser wird auf 8 bis 10 Millionen Kronen geschätzt.

In fortwährender bleibt die Tatsache, daß auf die Wichtigkeitsbeschwerte des Verteidigers der Oberste Gerichtshof sich in letzter Instanz mit der Sache zu befassen hatte. Der weitestgehende Repräsentant der Anklagebehörde, Generalprokurator-Stellvertreter Dr. Mayer selbst, plädierte vor den obersten Richtern der Republik für Aufhebung des Urteils, da, abgesehen von dem Unterschied zwischen den zwei genannten Begriffen,

ja doch die Verfassung selbst das Privateigentum nicht unbedingt und unter allen Umständen schützt. Es geht nicht an, Kapitalismus und Staatsform so eng zusammen zu verbinden zu sehen und einen Angriff auf erstere gleichzusetzen einem Angriff auf letztere.

Die obersten Richter der Republik hatten aber in dieser Frage eine weit rigorosere Anschauung als der oberste Ankläger und bestätigten das verurteilende Erkenntnis des Brünner Kreisgerichtes. Es wird abzuwarten sein, ob das Oberste Gericht wirklich beabsichtigt, diese bisher einzig dastehende Anschauung in händiger Sprachpraxis umzuwerfen.

Der Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper als Berater der deutschen Gemeinden. Je verwickelter die verwaltungsrechtlichen und sonstigen Vorschriften werden, desto schwieriger wird es den Amtswaltern der Gemeinden, die ja in den meisten Fällen über keine juristischen Fachkenntnisse verfügen, sich in dem Gestrüpp der Paragraphen und behördlichen Weisungen auszukennen. Der Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper in Teplitz-Schönau erdicht eine seiner Hauptaufgaben darin, die Gemeinden in Rechtsfällen zu beraten. Seinem Tätigkeitsberichte für das Jahr 1931 ist zu entnehmen, daß er 3115 Rechtsanträge erteilt hat, die sich auf alle Gebiete der Gemeindeverwaltung beziehen: Gemeindeordnungen, Gemeindevorläufe, Verfügungsbefugnisse, Organe der Gemeindeverwaltung, Angelegenheiten, Gemeindevorläufe, Polizeiwesen, Jagd und Fischerei, Bauangelegenheiten, Wasserangelegenheiten, Straßensystem, Schulwesen, Kultursachen, Marktwesen, Gesundheitswesen, soziale Fürsorge, Transport- und Bergwerkswesen, Sparkassen, Landeskultur, Heimatrecht, Staatsbürgerschaft, Volksbildung, Gemeindeverfassung, zivilrechtliche Vertragsverhältnisse, Erbschaftsangelegenheiten, Vermögensverwaltung, Gebühren, Staatsleistungen usw. Ein Teil dieser Anträge, nämlich diejenigen, von denen angenommen wird, daß sie von allgemeinem Interesse sind, wird in der amtlichen „Zeitschrift für Kommunalverwaltung“ auszugeweiht veröffentlicht und abschließlich an diejenigen Gemeinden weitergegeben, die dies wünschen. Es ist wirklich verwunderlich, daß dem Verbands noch nicht alle 3500 deutschen Gemeinden angedrungen, sondern bloß 2250 und daß gerade die kleinen Landgemeinden mit weniger als 500 Einwohnern, die eine Rechtsberatung am notwendigsten brauchen, außerhalb des Verbandes stehen. Durch die Rechtsberatung des Verbandes sind einzelnen Gemeinden Hunderte und Tausende Kronen erspart worden, indem der Verband bei unbegründeter Beschuldigung von staatlichen Steuern und Abgaben (Erwerbssteuer, Uebertragungsgebühren, Gebührensquivalenten usw.) die notwendigen Rechtsmittel zur Verfügung gestellt hat. Diese kleinen Gemeinden scheuen meist die geringen Ausgaben für den Mitgliedsbeitrag, geben aber Summen in seiner mehrfachen Höhe unruhig für staatliche Steuern und Abgaben aus, weil sie solchen Vorschriften der Steuerbehörden hilflos gegenüberstehen.

Der Führer um 20 Kronen. Herr Jung ist neuerdings in zwei Ausführungen zu haben. Dem „Log“ ist darüber folgendes zu entnehmen:

Neue Führerbilder des N. S. D. Verlages, Berlin, Al. Wallstraße 12. Wir empfehlen den Ortsparteiellen für Werbeausstellungen und andere Gelegenheitszwecke unsere neuen Bilder: Parteilührer Abg. Ing. Rudolf Jung (zwei Ausführungen). Photografische Aufnahme im Braubend (Braubend). Größe 22x30 cm Ks 20.— Größe 28x55 cm Ks 60.—

Wenn wir bestimmt wüßten, daß die Aufnahme auch als Totbild zu haben ist und den Jung tatsächlich nur im Hemd, ohne alle weitere Bekleidung zeigt, würden wir uns sogar die 20-Kronen-Ausführung des Führers zulegen. Hat er neben dem Braubend auch noch die Unterhose an, so wollten wir immerhin 20 Kronen riskieren. Einen Dunderter aber würden wir gern opfern, könnten wir das Bild bekommen, das kürzlich im „Log“ erschienen ist und Siller als Redner auf der Dresdner Konferenz an einem Mannchen, das auch einen blindgeborenen Nazi desillusionieren mußte und tatsächlich in der Dresdner Verlesung sogar den „Teplitz-Schönauer Anzeiger“ enttäuscht hat, der doch bis auf die jüdischen Inserate im Dinertheil ein treues Hakenkreuzerblatt ist, war noch nicht da.

Ein Substanz. Auf den Bergner-Weiten in Wienach wurde, dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge, gestern nacht von Unbekannten eine rote Fahne geholt. Als diese von der Polizei eufert werden sollte, bemerkte man glücklicher-

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Freitag, 11.00 Schallplatten, 15.30 Klavierkonzert, 17.35 Schallplatten, 18.25 Deutsche Sendung: Dr. Pflieger: Europa und die überlebende Welt, 20.20 Marxismusvorträge, 20.40 Liebeskonzert, 21.00 Kompositionen von Tausig, 22.20 Schallplatten. — Brünn: 15.30 Violinkonzert, 18.25 Deutsche Sendung: Prof. Böhm: Ergebnisse der Seereise nach Indien, 20.20 Kompositionen von Mozart. — Währ.-Odrau: 12.45 Orchesterkonzert, 18.25 Deutsche Sendung: Schindler: Die Anfänge der Gesellschaft in der Arbeit, 20.20 Blasmusik. — Berlin: 16.30 Deutschelieder des Kolofa, 17.00 Schumann, 21.20 Franz Hög. — Breslau: 18.45 Kleine Kammermusik. — Hamburg: 20.00 Son der Sonette bis zum 1733. — Königsberg: 19.30 Liebeskonzert. — Leipzig: 19.20 Mandolinenkonzert.

Dienstag: Freitag, 11.00 Schallplatten, 15.30 Violinkonzert, 18.25 Deutsche Sendung: Prof. Schindler: Profschon, 19.20 Lieder aus Strahwien, 19.50 Schauspiel, 21.00 Orchesterkonzert. — Brünn: 12.35 Orchesterkonzert, 15.30 Italienische Lieder und Arien, 18.25 Deutsche Sendung: Landwirtschaft. — Berlin: 18.10 Orchesterkonzert, 21.00 Seeboten: Wissa Jelenka. — Breslau: 21.00 Neue Deutsche Romanistik. — Leipzig: 21.10 Violinkonzert. — München: 20.00 Violinkonzert. — Wien: 19.35 Frühling in der Wädan, 21.35 Hobans Divertissement, 22.25 Tanzmusik.

weise rechtzeitig, daß eine Handgranate an der Jugvorrichtung so angebracht war, daß sie zur Entzündung kommen mußte, wenn an der Handschraube gerissen worden wäre. Die Reibschraube wurde gelöst und hat mit der größten Vorsicht die Handgranate, die mit gefährlichem Zunder versehen war, entfernt.

Kein Horst Sitten. Der Eigentümer großer Geflügelhöfe und Millionär Josef Cöhen wurde, als er mit seiner Frau auf der Veranda seines Hauses in Prossium Marien spielte, von drei Gangstern mit einem Regen von Revolverkugeln überschüttet und getötet. Die Angreifer ergriffen die Flucht. Man ist der Ansicht, daß es sich um einen Racheakt handelt.

Abol Hilters Apfelfinen. Als Abol Hilters dieser Tage in Königsberg im Haus der Technik sprach, wies der Dozent große Lücken auf, obgleich vor dem Hause ein gewaltiger Apparat stand. Die Reibschraube waren zwar vollständig erschieden, aber es fehlte das Bol. Nach am Abend unternahm die Königsberger N. S. D. verzweifelte Schleppeversuche. Sie verteilten auf der Straße gratis Eintrittskarten, und um die Lustroft zu erhöhen, gaben sie zu jeder Eintrittskarte eine große Apfelfine zu. Es wurden Tausende von 16 Jahren und darunter, umsonst in die Verlammlung hineingelegt, unter Zugabe der Apfelfinen.

Teuere „Spielzeuge“. Die Reichsforst Behörden haben 24.000 Unzen Rauschgifte im Werte von 1 Million Dollar (etwa 33,5 Millionen Kr.) beschlagnahmt. Die Beschlagnahme erfolgte in dem Augenblicke, als von dem Dampfer „Le de France“ eine Anzahl Kisten ausgeladen wurden, deren Inhalt fälschlich als „Spielzeuge“ deklariert war.

Bei der Abtragung eines alten Hauses in Puchwitz wurde ein seltsamer Fund gemacht. Unter der Bodenwand des Hauses waren insgesamt 15 tote gebrannte, aber nicht gläserne Katzen verpackt. Die Katzen, die die Form von Raben haben, tragen zusammengeklebt zwei plastische Bilder. Das erste stellt Adam und Eva im Paradies dar, in dem Augenblick, da der Teufel in der Gestalt einer um den Baum gewundenen Schlange vor menschlichem Gesicht und Händen sich zu Adam und Eva hermitbewegt und einem jeden von ihnen, also nicht nur Eva allein, einen Apfel anbietet. Das zweite Bild stellt die Abtragung der drei Könige vor dem Christkind dar. Die gefundenen Plastiken wurden in das Badewasser Museum geschafft, wo festgestellt wurde, daß sie höchstwahrscheinlich aus dem 13. und 14. Jahrhundert stammen und höchlich zu den Altstücken in der besten Gegend gefundenen künftlichen Teufelstücken zählen.

Das Ministerium der Deutschen Technik teilt mit: Nach einem Erlaß des Ministeriums für Schulwesen und Volkshilfen in Prag können Absolventen von Handhabsbetrieben mit Reifeprüfung als verdienstliche Hörer an dem Kurse zur Heranbildung von Kandidaten des Lehramts an höheren Handelsschulen aufgenommen werden.

Verhafteter Deserteur. Aus dem Saager Bahnhof wurde, wie uns berichtet wird, der vom 1. Pfliegerregiment in Prag desertierte Soldat Wilhelm Kutz verhaftet und dem Militärkommando eingeliefert.

Selbstmord eines Kaufmanns. Wie uns aus Saag berichtet wird, hat sich der Kaufmann Karl Kutz, der vor kurzer Zeit mit seinem Geschäft in Ausgleich gegangen ist, beim Eingang zum Friedhof in Kriegen mit einem Revolver erschossen. Seelische Depression dürfte den Unglücklichen zu seiner Tat veranlaßt haben.

Ein Wüstling. In Schönwald bei Friedland verfuhrte ein Wählerger Bauernecht sich an dem fünfjährigen Ferkelchen seines Dienstherrn zu vergewaltigen. Er lockte das Kind in die Dachkammer und ließ von ihm erst ab, als es vor Schmerz laut zu schreien begann. Die Gendarmrie verhaftete den Knack und lieferte ihn ins Bezirksgericht ein.

Verunglückter Bergarbeiter. Wie uns aus Götfa berichtet wird, wurde der im Bergbau in Burzmes beschäftigte Zimmermann Josef Leibmann aus Adwig beim Einsturz einer Decke verunglückt, wobei er schwere Rückenverletzungen und einen Bruch des linken Schenkel erlitt, so daß er ins Krankenhaus überführt werden mußte.

Alle kommen Montag, 20 Uhr, zum Aufführung
Der Bagabund von Astrachan
Uran-Urania-Kino. — Ermäßigte Preise.
Sozialistische Jugend Prag.

Bauernrevolution nach einem Text von 1825, die auf Anordnung des Innenministeriums laut...

Finanznöte des Prager Stadttheaters. Das Prager Stadttheater, das Direktor des Stadttheaters von Brno, Willy Kofler, hat sich mit Rücksicht auf den ungünstigen Zustand der Finanzen...

Wochenplan des Neuen Deutschen Theaters. Sonntag, halb 3 Uhr: 'Morgens um 11 Uhr' (Arbeiter-Operette); halb 8 Uhr: 'Madame Archiduc' (14-IV)...

Wochenplan der Kleinen Bühne. Sonntag, 8 Uhr: 'Die ungefügte Eva' (Abonn.); halb 8 Uhr: 'Der Mann mit den grauen Schläfen'...

Der Film



Jannings in 'Stürme der Leidenschaft'.

Um die Jugendfilmwirtschaft. Dieser Tage hat der Filmklub der tschechoslowakischen Filmjournalisten und Filmproduzenten in die Prager Handelskammer eine Enquete einbringen, die sich mit dem Problem der Einschränkung des Filmeports durch Zensurmaßnahmen...

Mitteilungen aus dem Publikum.

Ueberstellungsanzeige! Die Advokatenkanzlei JUDr. Richard Stránský, Prag II., Keltánska 2, befindet sich jetzt Prag II., Havelkova nám. 25, Hofgebäude, 2. Stof, Telefon 28409. 1058

der Politiker über die Schwere des Problems. Das sei eine besonders schwierige Frage, begangen der erfahrene Parteimann. Es gebe da vielerlei Typen von Anwälten. Zunächst die grundlegende Entscheidung: Soll ein Angehöriger der alten oder der neuen Schule gewählt werden?

den wurde, war getragen von dem Bestreben, den Teufelskreis der Parteipolitik zu durchbrechen...

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Lohnkampf in der Agrarbank. Verband der Kontisten und Kausgehilfen verhandelt mit der Deutschen Agrar- und Industriebank, Prag, über Gehaltserregulierung.

Eingelendet.

Jährliche Landes-Lebensversicherungskasse im Jahre 1931. Der Verwaltungsrat genehmigte am 21. März d. J. die Bilanz für das 31. Verwaltungsjahr der Kasse, welche trotz der verhältnismäßig wirtschaftlichen Verhältnisse mit einem schönen geschäftlichen und finanziellen Erfolge abschließt.

Der Gesundheitsdienst der Kasse für die Versicherten hat im verflochtenen Jahre weitere bedeutende Fortschritte gemacht. In den Erholungs- und Gesundheitsheimen wurden im Jahre 1931 ungefähr 1500 Personen durch 30.000 Tage untergebracht.

Vereinsnachrichten

Arbeiter-Turn- und Sportverein Prag. Sektion: Fußball. Donnerstag, den 14. April, um 7 Uhr abends Spielveranstaltung im Restaurant 'Alte Treppe', Stöckelstraße. Bestimmtes und pünktliches Erscheinen ist Pflicht!

Aus der Partei

Sektion der sozialdemokratischen Baubeamten. Mittwoch, den 13. April, um 10 Uhr abends im Studentenheim, Prag II., Bartolomějska ul. 14, Zentralkassa, wichtige Sitzung, zu der das Erscheinen der Mitglieder erbeten wird.

Frauenbezirkskomitee. Sitzung am Mittwoch, den 13. d. M., um 7 Uhr im Parteisekretariat, Keltánska 18. Um bestmögliche Erscheinen wird ersucht.

Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker. — S. 3. II.

Montag, den 18. April, 20 Uhr, spricht Univ. Prof. Gen. Mag Adler (Wien): 'Der Weg zum Sozialismus'. Großer Uraniasaal, Eintritskagasse K 3 bis K 12. — Vorverkauf bei Optiker Deutsch, im Gruppenheim (L. Bartolomějska 14) und bei den Funktionären.

Jugendbewegung.

S. 3. I und II. Dienstag um 8 Uhr abends im Verein deutscher Arbeiter Mädchenabend! Kommt alle!

Sport • Spiel • Körperpflege

Oesterreichs „unpolitische“ Sport.

Polizei, Gendarmerie, Bundeswehr und Jugendfreizeitsportverband teilen sich in die Leitung des österreichischen Hauptverbandes für Körperkultur und rufen zu einem Aufschlag gegen die Gewerkschaften. Der bürgerliche Hauptverband für Körperkultur in Oesterreich, die zentrale Spitzenorganisation der „unpolitischen“ Verbände, hielt vor kurzem in Wien seine Hauptversammlung ab.

Literatur

Die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes G. m. b. H. teilt mit, daß sie von Max Kappeler, I. Band, eine neu herausgegebene Ausgabe herausgibt, die für Parteigenossen und gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer nur RM. 2.50 kostet.

Akademiker

die stellenlos sind, werden beim Verein Deutsche Studentenfürsorge als Vertreter für Bücher und Druckorten eingestellt. Gesuche sind an den Verein Deutsche Studentenfürsorge, Prag II., Klatovska 16, zu richten. Auskünfte erteilt: IV. Stof, Zimmer 15, 1548 12 bis 1 Uhr.

Verlangen Sie in jeder Verkaufsstelle des Konsumvereines SELCHWAREN der Firma HEGNER & Cie., PILSEN. Selchwaren der Fa. HEGNER & Co., PILSEN SIND DIE ALLERBESTEN!

Gericht.

Roman von Stefan Boskoff. Für den alten Dr. Bürger war die Frage, welchen Verteidiger er bestellen sollte, zunächst ganz einfach. Am Abend desselben Tages besprach er die Frage mit einem befreundeten Rechtsanwalt, der der Partei angehörte, und da erst bekam er eine leise Ahnung von den Schwierigkeiten dieser Frage.

den stets gebügelten Jacketts und den immer sorgfältig polierten, rosaroten Fingerringen. Den Angeklagten behandelte sie, als ob er Luft wäre, kein Subjekt, sondern nur Objekt ihrer Tätigkeit, der Gerichtshof sei das notwendige Hebel, das man eben hinnehmen müsse, und die Geschworenen werden als keine Kinder, unwissend, naiv, behandelt, mit denen man sich nur abgeben müsse, weil ein proletarisches Gesetz dies so vorschreibe.

Redaktion: Ringelstr. 20. — Druck: Ringelstr. 20. — Verantwortlich: Rudolf Kersch. — Die Zeitung wird am Montag um 7 Uhr abends im Verlag des Ver. komm. K. 10., Bartolomějska 14, gedruckt. — Preis: 100 Heller. — Abbestellen: Ringelstr. 20.